

Datum: 05.04.2016

Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt:

Neustart in gerechte kommunale Finanzausstattung ist jetzt nötig

SGSA legt Erwartungen für neue Wahlperiode vor.

Magdeburg.- Einen Neustart bei den Kommunalfinanzen sieht Sachsen-Anhalts Städte- und Gemeindebund (SGSA) als Dreh- und Angelpunkt für die neue Legislaturperiode in Magdeburg an. „Wir brauchen bei den Landeszuweisungen rund 300 Millionen Euro mehr im Jahr, wenn wir die Talfahrt der Kommunen stoppen wollen“, bekräftigte in Magdeburg der Präsident des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt, Magdeburgs Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper. Mit Blick auf die laufenden Koalitionsverhandlungen betonte Trümper: „Hier geht es nicht um Luftschlösser, sondern einfach darum, die wirtschaftlichen Grundlagen der Haushalte anzuerkennen. Die Schuldenstatistik weist eine dramatische Zunahme der Kassenkredite aus, und das liegt an einer eklatanten Unterfinanzierung“.

Die Forderungen zu den **Kommunalfinanzen** sind Teil eines 15-Punkte-Papiers des SGSA, das dieser nach seiner Frühjahrsklausurtagung auf Kloster Huysburg heute in Magdeburg vorgelegt hat. Traditionell fasst der SGSA in seinen „Erwartungen an Landtag und Landesregierung“ zu Beginn einer neuen Wahlperiode des

Landtags die drängendsten Fragen der Kommunalpolitiker aus den Städten und Gemeinden zusammen. „Das Präsidium war sich einig darin, dass jetzt Grundlagen gelegt werden müssen, die das Gemeinwesen in den Städten und Gemeinden dauerhaft sichern. Dazu gehört neben einem gerechten Finanzausgleich auch eine strikte Konnexität - wer bestellt, der bezahlt - bei den Landesgesetzen. Keine neuen Landesgesetze ohne eine gesicherte Finanzierung“, erklärte Trümper.

Trümper betonte den Willen der Kommunen, mit der Landesregierung in enger Partnerschaft auch den Weg der finanziellen Konsolidierung mit zu gehen. „Das darf aber nicht auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen werden, wie in der zurückliegenden Wahlperiode“. Deshalb fordert der SGSA in seinem Papier auch die Rückkehr zu den Zuständigkeiten des alten Kinderförderungsgesetzes vor 2012 und ein schlankes Verwaltungsverfahren bei der Kinderbetreuung. Ein Angebot zur Zusammenarbeit machen die Kommunen dem Land bei der Digitalisierung. „Einheitliche Standards zwischen Bund, Land und Kommunen können die Effektivität der Verwaltung deutlich verbessern“, erläuterte Trümper.

Auch zur aktuellen Flüchtlingspolitik äußern sich die Städte und Gemeinden. Hier müsse sichergestellt werden, dass die finanziellen Belastungen geschultert werden können. „Gute Integration braucht Geld, um die soziale Betreuung sichern und den Menschen in den Städten und Gemeinden eine Perspektive geben zu können“.

Schließlich weisen die Bürgermeister und Oberbürgermeister auch auf die Lage der Feuerwehren hin. „Neben einer bedarfsgerechten Finanzausstattung wird es hier in den nächsten Jahren vor allem und Personalgewinnung gehen“, erläuterte SGSA-Präsident Dr. Trümper. „Nach dem Wegfall der Wehrpflicht und damit auch des Ersatzdienstes haben wir deutliche Probleme, junge Menschen für den Feuerwehrdienst zu begeistern und da müssen wir einfach attraktive Angebote machen können“. Deshalb fordert der SGSA

auch eine stärkere Unterstützung des Ehrenamtes, das eine Stütze des Gemeinwesens in den Kommunen bleibe.

Die Erwartungen an Landtag und Landesregierung für die 7. Wahlperiode sind dieser Pressemeldung als Anlage beigegeben.